Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld Familie, Generationen und
Gesellschaft
Effingerstrasse 20
CH-3003 Bern

22. September 2009

Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861): Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Juli 2009 haben Sie uns zur Stellungnahme über den Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung eingeladen. Gerne lassen wir uns dazu wie folgt vernehmen:

1. Befürwortung der Verlängerung und Ausweitung

Die Einführung des Impulsprogramms zur Schaffung von Plätzen für die familienergänzende Kinderbetreuung hat sich im Kanton Solothurn sehr positiv und nachhaltig ausgewirkt. Seit Einführung dieser Anstossfinanzierung ist die Anzahl Plätze stetig gewachsen und die Rückmeldungen sind durchwegs positiv. Damit kann unsererseits eine Verlängerung des Programms bis 31. Januar 2015 nur begrüsst werden.

Ebenfalls positiv bewerten wir die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, die dem Bund die Möglichkeit gibt, innovative familienergänzende Kinderbetreuungsprojekte von Kantonen und Gemeinden mitzufinanzieren. Die Fokussierung auf den Innovationsgeist bei Kantonen und Gemeinden, um so Ideen zu fördern, wie Eltern Familie und Arbeit oder Ausbildung noch besser vereinbaren können, halten wir für richtig gesetzt. Ebenso die Beschränkung, dass Finanzhilfen nur ausgeschüttet werden, wenn zusätzlich noch Beiträge aus anderen Quellen beigesteuert werden.

Trotz der grundsätzlichen Befürwortung der Vorlage, möchten wir es dennoch nicht versäumen, Sie nachfolgend auf zwei Punkte hinzuweisen:

2. Anpassungsbedarf

2.1 Projektfinanzierung

Die Erfahrungen mit Neugründungen von Kindertagesstätten im Kanton Solothurn zeigen, dass hinter einem solchen Projekt sehr oft hochmotivierte Personen stehen; meist entsteht das Projekt sogar auf Grund privater Initiative. Diese Personen sind aber häufig wenig erfahren in Projektmanagement und engagieren sich zudem in einem Bereich, der fachlich komplex und gleichzeitig mit äusserst knappen Mitteln ausgestattet ist. Professionelle Organisationsberatung in der Projektphase wird aus Mangel an Ressourcen nicht oder zu spät einbezogen. Stehen nun jedoch zu Beginn des Projektes genügend Mittel zur Realisierung bereit und kann deshalb auf professionelle Unterstützung zurückgegriffen werden, so zeigt sich dies meist positiv in einem guten Start der Einrichtung und dem Bestehen einer gesunden finanziellen Basis, auch nach ein paar Jahren Betrieb. Die Bundesanstossfinanzierung setzt gewöhnlich zu einem Zeitpunkt ein, wo Projekte zur Neugründung von Kindertagesstätten abgeschlossen und der Betrieb aufgenommen wird. Sind die Aufbauarbeiten wenig professionell erfolgt, sehen sich die Initianten trotz Anstossfinanzierung nach Aufnahme des Betriebs nicht selten mit Schwierigkeiten konfrontiert, deren Beseitigung viel Kraft und Geld kostet. Angesichts dieser Erfahrungen wäre aus unserer Sicht zu prüfen, ob die Gewährung von Finanzhilfen bei Neugründungen nicht breiter gefasst werden könnte. Wir würden es begrüßen, wenn Betreuungseinrichtungen nicht nur dann Projektgelder erhalten, wenn sie besonders innovativ sind, sondern in eingeschränkterem Masse auch Kindertagesstätten mit einem konventionellen Konzept Anspruch darauf hätten, wenn deren Aufbau professionell begleitet wird. Eine komplementäre Ausgestaltung der Finanzhilfe bzw. eine zwingende Beteiligung der Standortgemeinde, wäre dabei durchaus ebenfalls als Voraussetzung zum Erhalt von Fördermitteln denkbar.

2.2 Finanzhilfe bei wesentlicher Erhöhung des Angebotes bei Kindertagesstätten

Gemäss Art. 2 Abs. 3 lit. a der Verordnung über Finanzhilfen an familienergänzende Betreuung gilt als wesentliche Erhöhung des Angebotes bei einer Kindertagesstätte eine Erhöhung der Anzahl Plätze um einen Drittel, mindestens aber um 10 Plätze. Die Erfahrungen im Kanton Solothurn zeigen, dass die Schwelle von zehn Plätzen hoch angesetzt ist. Es wurde mehrfach festgestellt, dass kleinere Krippen (8 bis 10 Betreuungsplätze) – was im Kanton Solothurn dem Normalfall entspricht – meist wegen Standort und Räumlichkeiten lediglich eine Aufstockung um 5 bis 8 Plätze realisieren können, aber seltener 10 Plätze. Wegen der fehlenden Anstossfinanzierung wird dann, trotz grundsätzlicher Bereitschaft dazu, auf eine Aufstockung verzichtet. Es ist einleuchtend, dass die Bundesgesetzgebung über die Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung möglichst einen Anreiz für einen grossen Zuwachs an Betreuungsplätzen geben will. Allerdings dürfte eine so hoch angesetzte Schwelle in einigen Fällen auch einen Zuwachs verhindern. Wir möchten deshalb anregen, eine Flexibilisierung der Bestimmung zu prüfen bzw. eine Herabsetzung der Schwelle von 10 auf 8 neue Plätze vorzunehmen.

Wir danken Ihnen nochmals bestens für die Möglichkeit zur Stellungnahme und stehen für weitere Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.

Klaus Fischer

Landammann

sig.

Andreas Eng

Staatsschreiber